

## **12. Europaministerkonferenz in Brüssel (Berlin)**

**24.01.1996**

### **Beschluß**

#### **TOP 2: Finanzbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Union nach 1999**

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen den Beschluß der Finanzministerkonferenz vom 28.09.1995 zu den Finanzbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union und den Bericht der Ständigen Arbeitsgruppe der EMK vom 15.01.1996 zum gleichen Thema zur Kenntnis.
2. Sie weisen darauf hin, daß die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union zur Sicherung von Frieden, Freiheit und Wohlstand im europäischen und im deutschen Interesse liegt. Zu ihr gibt es keine vernünftige Alternative. Die Diskussion um die Finanzbeziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Europäischen Union darf daher nicht zu dem Ergebnis führen, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union einseitig unter finanziellen Aspekten zu bewerten.
3. Die Europaminister und -senatoren stellen fest, daß die gegenwärtige Verteilung der Finanzlasten in der Europäischen Union für die Bundesrepublik Deutschland zu einer im Vergleich mit anderen wohlhabenden Mitgliedstaaten überdurchschnittlichen Belastung führt.
4. Die Europaminister und -senatoren stellen fest, daß der von der FMK als Beurteilungsmaßstab gewählte Wohlstandsindikator "Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Kaufkraftstandards" ein denkbarer Maßstab für die Neuordnung des Eigenmittelsystems ist.
5. Auf der Ausgabenseite können Wohlstandskriterien nicht die ausschlaggebende Rolle spielen. Die Ausgaben werden im Haushaltsverfahren nach den jeweiligen sachpolitischen Erfordernissen gestaltet. Wohlstandskriterien können nur dort zum Tragen kommen, wo dies für die Erreichung des politischen Ziels bewußt gewollt ist.

6. Eine Analyse der Ausgaben des Gemeinschaftshaushaltes ist erforderlich. Dabei ist zu prüfen, ob deren Volumen und Struktur den aktuellen und künftigen sachpolitischen Erfordernissen der Europäischen Union und ihren übergreifenden Integrationszielen gerecht werden.
7. Im Prinzip sollten Einnahmen und Ausgaben im Gemeinschaftshaushalt getrennt betrachtet werden. Die Ausgabenentwicklung ist das Ergebnis politischer Vorgaben. Um gleichwohl einer übermäßigen Nettozahlerposition, wie sie insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland besteht, entgegenzuwirken, kann die Einführung eines nachträglichen Korrekturmechanismus ein geeigneter Weg sein.
8. Die Europaminister und -senatoren schlagen vor, die Bundesregierung aufzufordern, die Länder frühzeitig an der Erarbeitung der Verhandlungsposition zum neuen Eigenmittelsystem und zur Agrar- und Strukturreform zu beteiligen.